

<https://www.jungewelt.de/artikel/473574.verfassungstreuecheck-das-wird-sich-schnell-gegenlinke-richten.html#Comments>

Leserbrief von **Martin Hornung** aus Eppelheim (bei Heidelberg) (19. April 2024 um 12:00 Uhr)

Der Vater des kommenden »Verfassungstreuecheck«-Gesetzes in Brandenburg, Michael Stübgen (CDU), drückt dies selbst so aus: »In der politischen Debatte wird zu oft darüber hinweggesehen, dass Extremismus jeglicher Couleur gefährlich ist.« Der Potsdamer SPD-Fraktionsvorsitzende stimmt zu. Der Protest von Initiativen gegen Berufsverbote und der Gewerkschaften konnte das Vorhaben immerhin zwei Jahre verzögern. Nun glauben Stübgen und Co., im Windschatten der großen Demos gegen rechts dieses Frühjahr, diese für sich nutzen zu können, um ihr seit Jahren in Arbeit befindliches Radikalen-Gesetz »gegen Extremisten« zusammen mit den Grünen binnen sieben Wochen durchzuziehen.

In Euphorie übergeht Stübgen sogar die »Kleinigkeit« der für 24. April vorgesehenen endgültigen Landtags-Verabschiedung. Bereits am 4. April hat er gegenüber dpa erklärt: »In Brandenburg haben wir ein ganzes Bündel auf den Weg gebracht. Für angehende Beamte ist zukünftig ein Verfassungstreuecheck verpflichtend.« Das »Gesetz zur Verbesserung des Schutzes des Berufsbeamtentums vor Verfassungsgegnern« mit »Regelanfrage beim Verfassungsschutz« haben die Hardliner fast wörtlich vom baden-württembergischen Schiess-Erlass (Variante des Radikalenerlasses) abgeschrieben. Schon die damaligen Berufsverbote waren von der ILO 1985 als Verstoß gegen Internationales Arbeitsrecht verurteilt worden. Die im März noch als »Ergänzung« nachgereichte Verschärfung im Brandenburger Disziplinarrecht (statt bisher notwendiger Klage auf Entlassung soll künftig eine bloße »Verfügung« reichen) stammt frisch aus dem Hause Nancy Faeser.

Das Ganze, Vorreiter für andere Bundesländer, kommt passend zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes am 22. Mai. Grünen-Ministerpräsident Kretschmann in Stuttgart etwa hatte noch in einer ARD-Doku 2022 erklärt, so etwas wie 1972 »braucht man jetzt nicht«. Inzwischen lässt er den Vizechef der Grünen-Fraktion im Landtag, Oliver Hildenbrand, vorpreschen: Zwar verschämt zunächst nur »für die Polizei« (der 70er-Jahre-Geruch mit über 95 Prozent betroffener Linker lässt sich nun mal nicht weg leugnen) macht dieser sich in der Stuttgarter Zeitung vom 7. April erstmals auch für einen »Verfassungstreuecheck« stark. So überraschend nicht, angesichts der Tatsache, dass Widerstand gegen Aufrüstung, Krieg, Armut, Klimakatastrophe, Abbau von Meinungsfreiheit, Asyl- und anderer Grundrechte mittlerweile alles als »verfassungsfeindlich« verfolgt wird. Für eine politische Linke müsste der Zusammenhang zwischen dieser Politik und deren Absicherung mittels Ausbau des Staatsapparats auf der Hand liegen. Eigentlich.